



⊕ Zu viele Risiken im Detmolder Haushalt: Rats-Mehrheit will den Aufschub

Sven Koch am 12.12.2022 um 00:00 Uhr

Detmold. Es passiert nicht oft, dass ein Haushaltsplan von der Mehrheit des Rates abgelehnt wird. Damit das bei der für die kommende Woche Donnerstag angesetzten Etat-Verabschiedung nicht in Detmold passiert, haben die Fraktionen Aufbruch C, Freie Wähler, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und CDU gemeinsam beantragt, die Abstimmung in den Februar zu verschieben. Der Grund: Vieles sei noch zu unausgereift. Auch die Abstimmung über den Stellenplan soll verschoben werden. Das ist auf diese Weise in Detmold seit Jahrzehnten nicht passiert.

"Im Interesse der kommunalen Selbstverwaltung", schreiben die benannten Fraktionen in einem gemeinsamen Antrag, "sollte das oberste Ziel sein, den Haushaltsausgleich zu erreichen. Aus unserer Sicht sind zum heutigen Zeitpunkt die erkennbaren Risiken für den Haushalt 2023, unter anderem die Kreisumlage, die Tarifsteigerungen, das Zinsänderungsrisiko für Kredite und die allgemeinen Preissteigerungen aufgrund der hohen Inflationsrate im vorliegenden Haushaltsplan-Entwurf nicht ausreichend dargestellt." Daher bitten sie die Verwaltung, "im Interesse eines transparenten und den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Haushalts, diese Risiken im Haushaltsplan bis zur Februarsitzung des Rates entsprechend darzustellen, zu berücksichtigen und gegenzusteuern."

"Tatsächliche Verhältnisse" berücksichtigen

Es sei richtig und wichtig, dass „die Prozessoptimierung und Digitalisierung zur schlankeren Verwaltung“, wie Kämmerin Dr. Miriam Mikus es in Ihrer Haushaltsrede ansprach, jetzt erfolge. Die Beschlussfassung über den Haushaltsentwurf könne nach Vorlage dieser Ergänzungen in der Sitzung des Rates am 23. Februar oder gegebenenfalls in einer Sondersitzung des Rates am 2. Februar erfolgen. Die SPD wird sich über den Antrag der Fraktionen und zum Haushalt nach Worten von Fraktionsvorsitzendem Rainer Friedrich bei einer Sitzung am Montag eine Meinung bilden. Vorher könne er dazu keine Stellungnahme abgeben, so Friedrich. Aber er sagt zumindest, dass er sich nicht vorstellen könne, welche neuen Erkenntnisse es bis Februar geben könne. Die

übrigen Fraktionen müssten sich im Klaren sein, dass durch ein Verschieben auch Prozesse in der Verwaltung blockiert würden, zum Beispiel, was Förderanträge angehe.

Was die Kreisumlage angeht, so hatte die Kämmerin bei den Etatberatungen im Haupt- und Finanzausschuss dargestellt, könne diese für Detmold um bis zu 700.000 Euro höher ausfallen als erwartet. Doch das ist noch unklar, weil der Kreis noch nicht entschieden hat. Personalkostensteigerungen seien ebenfalls noch ein Blick in die Glaskugel - wie hoch Tariferhöhungen ausfallen werden, müsse sich im Prozess zeigen. Da Detmold sehr hohe Kredite aufnehmen wird, können Zinssteigerungen sich ebenfalls erheblich auswirken - und ob und wie diese steigen, ist zurzeit ebenfalls noch nicht verlässlich zu sagen. Das alles, so die Fraktions-Vorsitzenden Jörg Thelaner (CDU) und Walter Neuling (Bündnis 90/Die Grünen) sowie Thomas Trappmann (FDP), sei im Haushalt nicht dargestellt und damit nicht das wirklich zu erwartende Defizit.

Grüne wollen Streichungen

Daher haben die Grünen nun in einen Antrag geformt, was Fraktionsvorsitzender Walter Neuling bereits bei den Etatberatungen erwähnte: weitere Einsparungen. Darunter fällt die Freiluftsporthalle Pinneichen, die fachlich nicht erforderlich sei, und Fördermittel gebe es aktuell auch noch nicht. Die Einsparung 2023: 300.000 Euro. Auch das Multifunktionsgelände Heinrich-Drake-Straße (200.000 Euro, gemeint ist der Umbau des aktuellen Parkplatzes) soll von der Agenda 2023 verschwinden und verschoben werden. Weiter wollen die Grünen die Wegeverbindung Paderborner Straße-Friedenstal streichen - Einsparung 40.000 Euro und 510.000 Euro Verpflichtungsermächtigungen. Verzichten könne man auf Planungen für das Gewerbegebiet Balbrede, was 230.000 erbringe. Einen Sperrvermerk wollen die Grünen für das Multifunktionsgelände Friedrich-Ebert-Straße. Die geplanten Maßnahmen seien auf die Baumaßnahmen des Freilichtmuseums zurückzuführen. Von daher sei eine Vereinbarung zwischen dem LWL und der Stadt Detmold erforderlich, in der die Aufgabenteilung, Zuständigkeiten und Kostenteilungen geregelt werden.

URL: https://www.lz.de/lippe/detmold/23430387_Zu-viele-Risiken-im-Detmolder-Haushalt-Rats-Mehrheit-will-den-Aufschub.html

Copyright © Lippische Landes-Zeitung 2022

Inhalte von lz.de sind urheberrechtlich geschützt.
Weiterverwendung nur mit Genehmigung der Chefredaktion.